

Wirkungen und Erträge von Bildung



In diesem Kapitel werden die eher mittel- und langfristigen Wirkungen von Bildung dargestellt. Dabei wird auf die drei der Berichterstattung zugrunde gelegten Zieldimensionen von Bildung – Entwicklung individueller Regulationsfähigkeit, Sicherung der Humanressourcen einer Gesellschaft und Förderung von gesellschaftlicher Teilhabe und Chancengleichheit – Bezug genommen. Diese übergreifenden Bildungsziele werden zwar auch in den anderen Kapiteln des Berichts berücksichtigt, hier jedoch sollen sie aus einer bildungsbereichsübergreifenden Perspektive thematisiert werden.

Eine Vielzahl von Studien macht deutlich, dass die Gesellschaft insgesamt von einer gut qualifizierten Bevölkerung profitiert. Zum einen wird an gesellschaftliche Investitionen in Bildung die Erwartung geknüpft, einen qualifikatorischen Beitrag zur Sicherung des Arbeitskräftebedarfs zu leisten und somit auch den technischen Fortschritt und das Wachstum der Volkswirtschaft zu unterstützen. Zum anderen sind mit gesellschaftlichen Investitionen in Bildung auch soziale Wirkungen verbunden wie beispielsweise die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, ein höheres zivilgesellschaftliches Engagement, ein besserer Gesundheitszustand der Bevölkerung und eine bessere Vorsorge für Kinder. Aufgrund der hohen gesamtgesellschaftlichen Bedeutung von Bildung werden im ersten Abschnitt Wirkungen und Effekte von Bildung auf der Makroebene betrachtet (**I1**). Neben der Frage, ob es gelingt, den Arbeitskräftebedarf quantitativ und qualitativ sicherzustellen, werden die ökonomischen Vorteile aus Investitionen in Bildung anhand der sozialen Ertragsraten dargestellt.

Nicht nur für die Gesellschaft insgesamt, auch für den Einzelnen lohnen sich bildungsbezogene Anstrengungen. Im zweiten Abschnitt werden deshalb die individuellen Vorteile von Bildungserfolgen aus verschiedenen Perspektiven in den Blick genommen (**I2**). Zu den empirisch gut dokumentierten Befunden

gehört, dass sich Bildung vor allem im Berufsleben auszahlt. Es werden deshalb in Anlehnung an die Bildungsberichte 2006 und 2008 zentrale Indikatoren der Erwerbsbeteiligung nach Qualifikationsniveau, Geschlecht und Alter in Zeitreihe fortgeführt. Neu ist in diesem Bericht die Ausdifferenzierung des Zusammenhangs von Bildung und Beschäftigungsstatus nach Migrationshintergrund. Darüber hinaus erfahren jene Gruppen besondere Aufmerksamkeit, die keinen oder nur einen niedrigen allgemeinbildenden Abschluss erreicht bzw. keine Berufsausbildung abgeschlossen haben. Dazu werden weitere sozioökonomische Merkmale wie Dauer der Arbeitslosigkeit, Umfang der Beschäftigung und erzieltetes Einkommen herangezogen. Die Vorteile von Bildung erschöpfen sich indessen auch für den Einzelnen keineswegs in monetären und klar quantifizierbaren Effekten. Deshalb werden aus individueller Perspektive auch qualitative Wirkungen wie soziale und kulturelle Teilhabe, politisches Interesse und Engagement näher beleuchtet und erstmals im internationalen Vergleich dargestellt.

Bildungssysteme haben den Auftrag, Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen Wissen, Kompetenzen, Wertorientierungen und Normen zu vermitteln. Insbesondere die in den Zertifikaten und Noten bescheinigten Kompetenzen beeinflussen nachhaltig die Positionierung der Individuen im weiteren Lebens- und Berufsverlauf und entscheiden mit über das Maß erfolgreicher Integration in und Teilhabe an der Gesellschaft. Deshalb stellt die Aufgabe, Lernangebote und -prozesse so zu strukturieren, dass alle Individuen unabhängig von sozialer Herkunft, Geschlecht und ethnischer Zugehörigkeit größtmöglichen Nutzen daraus ziehen können, eine zentrale Herausforderung an das Bildungssystem dar. Abschließend werden daher Fragen der Chancengleichheit und die Möglichkeiten kompensatorischer Wirkungen durch das Bildungssystem betrachtet (**I3**).

Bildung, Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarkt

Der Ertrag von Bildung für den Erhalt und die (Weiter-)Entwicklung von Humanressourcen umfasst eine gesamtgesellschaftliche und eine individuelle Seite, die eng miteinander verbunden sind. Im vorliegenden Abschnitt wird vor allem auf die systembezogene ökonomische Dimension Bezug genommen, die auf die qualitative und quantitative Befriedigung des Arbeitskräftebedarfs und auf die wohlfahrtsstaatlichen Ansprüche der Gesellschaft insgesamt gerichtet ist. In dem Maße, wie die allgemeinen Wissensvoraussetzungen für die Beschäftigung komplexer und differenzierter werden und zugleich einem immer rascheren Wandel unterworfen sind, in dem Maße auch, wie deshalb künftige Qualifikationsanforderungen immer schwerer zu prognostizieren sind, ist zu fragen, inwieweit das Bildungssystem in der Lage ist, die benötigte Qualität und Quantität der Humanressourcen sicherzustellen. Der Nutzen von Bildung zeigt sich auch im Beitrag zum Wirtschaftswachstum und in der Realisierung gesellschaftlicher Erträge, die abschließend international vergleichend dargestellt werden.

Qualitative und quantitative Sicherung des Arbeitskräftebedarfs

Höhere berufliche Abschlüsse auch künftig am Arbeitsmarkt nachgefragt, ...

Aktuellen Prognosen zur Entwicklung des künftigen Arbeitskräftebedarfs zufolge ist auf mittlere Sicht weiterhin mit einem tendenziellen Anstieg der Beschäftigtenzahl mit Fachhochschul- und Hochschulausbildung sowie einer etwa gleichbleibenden Nachfrage nach Personen zu rechnen, die über einen beruflichen Abschluss verfügen. Für Personen ohne beruflichen Abschluss hingegen werden – trotz sinkenden Erwerbspersonenpotenzials – auch künftig die Risiken am Arbeitsmarkt besonders hoch bleiben (vgl. **H3**). Insofern bleibt es für das Bildungssystem eine Herausforderung, langfristig das Arbeitskräftepotenzial zu sichern.

... deshalb weiterhin Anstrengungen zur Verbesserung der Lernangebote für niedrig qualifizierte Personen erforderlich

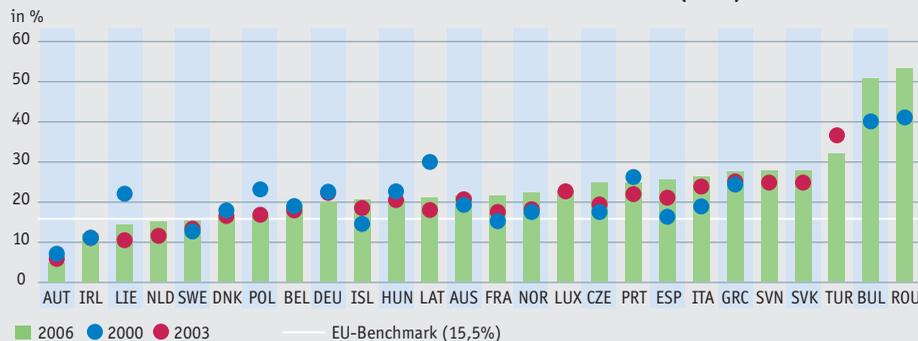
Zwar ist der Anteil an Jugendlichen, die ohne Abschluss die allgemeinbildende Schule verlassen, insgesamt leicht rückläufig, für einzelne Länder und Regionen kann hier gegenwärtig aber noch keine Entwarnung gegeben werden (vgl. **D7**). Vor dem Hintergrund einer nach wie vor regional unausgeglichene Ausbildungsstellenbilanz (vgl. **E2**) müssen Jugendliche ohne bzw. mit niedrigem Schulabschluss auch weiterhin mit erheblichen Friktionen bei der Einmündung in eine berufliche Ausbildung rechnen, insbesondere aufgrund der Berufssegmentation nach Vorbildungsstruktur.¹ Bezieht man die Altbewerber in die Angebots-Nachfrage-Relation ein, so zeigt sich eine erhebliche Unterdeckung gerade in jenen Berufen, die von Jugendlichen ohne oder mit niedrigem Schulabschluss nachgefragt werden (vgl. **E2**). Daher werden auch künftig erhebliche Anstrengungen zu leisten sein, jenen Jugendlichen in Risikolagen (vgl. **A3**) und mit niedrigem Kompetenzstand (vgl. **D6**), mit zum Teil schwierigen Lernbiografien, die an verzögerten Schullaufbahnen oder einem sonderpädagogischen Förderbedarf ablesbar sind (vgl. **D1**, **D2**), frühzeitige Unterstützung zuteil werden zu lassen, damit sie einen Schulabschluss erwerben und eine berufliche Ausbildung erfolgreich durchlaufen können. Zwar zeigen sich in den letzten Jahren einzelne Verbesserungen, z. B. durch den Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung (vgl. **C2**, **C3**) und der Ganztagsangebote an Schulen (vgl. **D3**), aber es ist fraglich, ob die bisherigen Maßnahmen ausreichen, um die angesprochenen Probleme zu lösen. Auch an den Hochschulen und in der Weiterbildung gelingt es immer noch nicht hinreichend, Disparitäten beim Zugang zu minimieren, um Personen beim Ausbau und Erhalt ihres Arbeitspotenzials sowie bei der Bewältigung des sozialen und wirtschaftlichen Wandels zu unterstützen (vgl. **F2**, **G1**).

¹ Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008): *Bildung in Deutschland 2008 – Bielefeld*, S. 110 f.

Mit Blick auf das Ziel, Europa zu einem wettbewerbsfähigen und dynamischen Wirtschaftsraum zu entwickeln, wurden von der EU bildungspolitische Zielsetzungen formuliert, anhand derer die Leistungsfähigkeit der Bildungssysteme beurteilt wird. Besonderes Augenmerk kommt dabei jenen Gruppen zu, die aufgrund geringer Qualifikationen Schwierigkeiten haben, eine Beschäftigung zu finden. Dabei zeigt sich, dass Deutschland eine Reihe von Kennwerten derzeit nicht erfüllt. Dazu gehört die Senkung des Anteils frühzeitiger Schulabgänger auf höchstens 10%, welcher für Deutschland mit 12% nach wie vor über dem Zielwert liegt (vgl. B2). Das Ziel, unter den 20- bis unter 25-Jährigen den Anteil derer, die mindestens über einen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügen, auf 85% zu erhöhen, wird in Deutschland – zumindest für diese Altersgruppe – mit einem Anteil von 74% ebenfalls nicht erreicht (vgl. B3). Auch das für 2020 formulierte Ziel, den Anteil an 30- bis unter 35-Jährigen mit Tertiärabschluss auf 40% im EU-Durchschnitt zu steigern, wird mit 28% in Deutschland noch deutlich unterschritten (vgl. B3).

Deutschland bei mehreren Kennwerten von EU-Zielsetzung noch entfernt

Abb. I1-1: Anteil 15-jähriger Schülerinnen und Schüler unterhalb von Kompetenzstufe II im PISA-Lesetest 2000, 2003 und 2006 nach Staaten (in %)



Quelle: OECD (2001), Lernen für das Leben; OECD (2004), Lernen für die Welt von Morgen; OECD (2007), PISA 2006 – Naturwissenschaftliche Kompetenzen für die Welt von Morgen

Betrachtet man den Anteil leleschwacher Schülerinnen und Schüler, d.h. derjenigen unterhalb von Kompetenzstufe II, in Zeitreihe (Abb. I1-1, Tab. I1-1A), so haben bis 2006 nur fünf Staaten die Zielmarke erfüllt, den Anteil an leleschwachen Jugendlichen auf 15,5% zu senken. Deutschland weist demgegenüber – trotz einer leichten Verbesserung zwischen 2000 und 2006 – mit einem Anteil von ca. 20% an Jugendlichen unterhalb von Kompetenzstufe II immer noch einen deutlichen Abstand zum Zielwert auf.

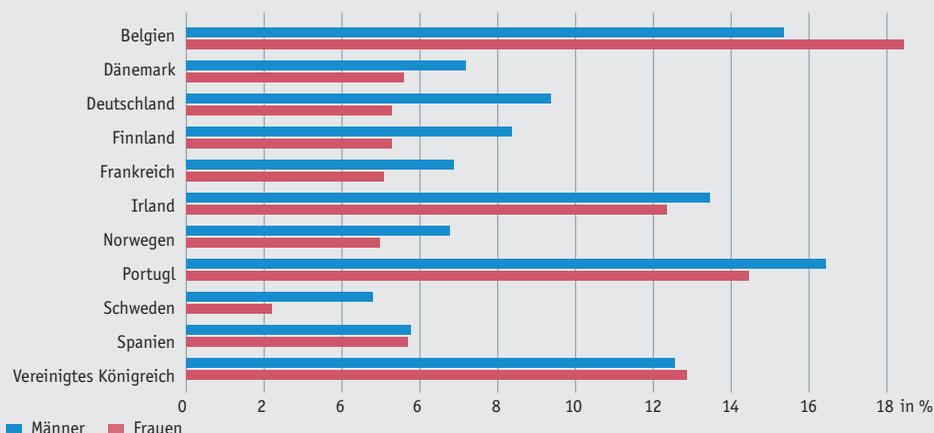
Nach wie vor zu geringe Förderung leleschwacher Kinder und Jugendlicher

Staatliche Ertragsraten

Wirtschaftliche Vorteile von Bildung für die Gesellschaft zeigen sich nicht nur in der Deckung des künftigen Arbeitskräftebedarfs und in einem höheren wirtschaftlichen Wachstum, sondern beispielsweise auch in Form von höheren Steuereinnahmen des Staates mit der Einmündung qualifizierter Personen in den Arbeitsmarkt. Staatliche Ertragsraten^M sind ein Maß für die langfristigen Erträge einer Gesellschaft aus Bildungsinvestitionen und stellen somit eine Möglichkeit dar, den Nutzen von Bildung für die Gesellschaft näherungsweise zu bestimmen. Sie geben Auskunft über die Auswirkungen von privaten Bildungsentscheidungen auf die öffentlichen Haushalte sowie über Effekte unterschiedlicher investitionsrelevanter politischer Rahmenbedingungen auch wenn der gesellschaftliche Nutzen von Bildung weit über die in staatlichen Ertragsraten berücksichtigten Faktoren hinausgeht.²

² De la Fuente, A. (2003): Das Humankapital in der wissensbasierten globalen Wirtschaft – Brüssel

Abb. I1-2: Staatliche Ertragsraten^M für Personen mit Abschluss des Tertiärbereichs 2004 nach EU-15-Staaten* und Geschlecht (in %)



* Ohne Luxemburg, Irland, Österreich, Griechenland
Quelle: OECD (2008), *Bildung auf einen Blick*, S. 214

Konsistentes Bild:
Alle Staaten profitieren von Investitionen in Bildung, ...

... vor allem im tertiären Bereich

Die öffentlichen Haushalte profitieren deutlich von Investitionen in einen höheren Bildungsstand der Bevölkerung. Im OECD-Durchschnitt ergibt sich für den Erwerb eines Sekundar-II-Abschlusses im Rahmen der Erstausbildung eine staatliche Ertragsrate von 6,5%, für einen Tertiärabschluss beläuft sich diese auf 11% bei den Männern und 9% bei den Frauen (Tab. I1-2A).

Die staatlichen Ertragsraten für einen tertiären Abschluss zeigen, dass der Nutzen staatlicher Investitionen in Bildung in allen verglichenen Staaten die Ausgaben übersteigt. Zugleich wird ersichtlich, dass mit Ausnahme von Belgien und dem Vereinigten Königreich männliche Personen stets höhere Ertragsraten erzielen als weibliche (Abb. I1-2, Tab. I1-2A). In Deutschland fallen die geschlechtsspezifischen Unterschiede am größten aus. Der Nutzen, den eine zusätzliche Investition in Bildung dem einzelnen Staat bringt, ist zwar unterschiedlich hoch, aber in allen Staaten profitiert die öffentliche Hand nennenswert von Bildungsinvestitionen im tertiären Bereich. Zu den wichtigsten Faktoren dieser positiven Bilanz zählen höhere Steuereinnahmen und Sozialbeiträge sowie geringere soziale Transferkosten. Besonders hohe staatliche Ertragsraten zeigen sich für Belgien, Portugal, Irland und das Vereinigte Königreich, bei denen die höheren Steuer- und Sozialeinnahmen deutlich über den tertiären Bildungskosten liegen. Die Differenzen in den Ertragsraten zwischen den Staaten sind vor allem auf Einkommensunterschiede zwischen Personen mit Tertiärabschluss und niedrigeren Abschlüssen, auf Unterschiede in der Bildungsfinanzierung sowie auf Differenzen in der Einkommensbesteuerung zwischen den Staaten zurückzuführen.

M Methodische Erläuterungen

Staatliche Ertragsraten

Staatliche Ertragsraten sind ein Maß der mit einem Bildungsabschluss verbundenen langfristigen Erträge für die Gesellschaft unter Berücksichtigung der aufgewendeten Kosten, indem diese den Bruttomehreinnahmen gegenübergestellt werden (Erläuterungen vgl. Anhang 3 unter www.oecd.org/edu/eag2008).

Individueller Nutzen von Bildung

Bei der nachfolgenden Betrachtung des individuellen Nutzens von Bildung wird besonderes Augenmerk auf Unterschiede im Beschäftigungsstatus in Abhängigkeit von Bildungsniveau, Alter, Geschlecht und Migrationsstatus gelegt. Da Personen ohne oder mit nur niedrigem Schulabschluss sowie ohne berufliche Ausbildung besonders stark von den Risiken des Arbeitsmarktes betroffen sind, wird deren Situation anhand verschiedener beschäftigungsrelevanter Merkmale wie Dauer der Arbeitslosigkeit, Beschäftigungsumfang und Einkommen vertiefend betrachtet.

Höhere Bildung geht mit positiven Wirkungen auf andere Lebensbereiche einher, beispielsweise gesundheitlichem Wohlbefinden, kultureller und politischer Partizipation und einer vielseitigeren Freizeitgestaltung. Einige dieser nicht beschäftigungsbezogenen Erträge von Bildung werden in diesem Abschnitt – auch im internationalen Vergleich – dargestellt.

Bildung und Erwerbstätigkeit

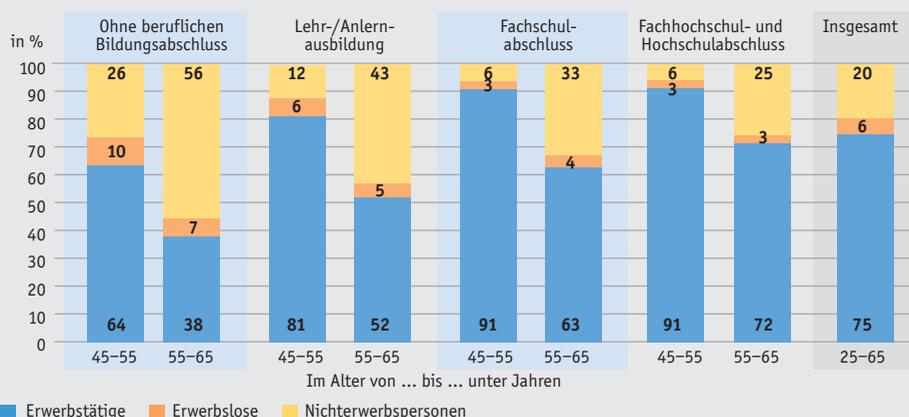
Personen mit einem höheren beruflichen Abschluss haben deutlich bessere Beschäftigungschancen als Personen mit niedrigeren Berufsabschlüssen. Besonders gravierend sind diese Unterschiede im Erwerbsstatus ^M zwischen den Personen, die keinen Berufsabschluss besitzen, und jenen, die eine berufliche Ausbildung bzw. ein Studium abgeschlossen haben. Während knapp 35% der 25- bis unter 65-Jährigen ohne beruflichen Abschluss zur Gruppe der Nichterwerbspersonen zählen, ist dieser Anteil bei Personen mit Lehr- und Anlernausbildung nur knapp halb so hoch; unter den Fachschul- bzw. Hochschulabsolventen liegt der entsprechende Anteil sogar nur bei rund 12 bzw. 11% (Tab. I2-1A).

Personen ohne beruflichen Abschluss sind dreimal so oft nicht erwerbstätig wie Hochschulabsolventen

Der Erwerbsstatus ist jedoch nicht nur vom Bildungsabschluss beeinflusst, sondern auch von Alter und Geschlecht. So nimmt der Anteil der Nichterwerbspersonen ab einem Alter von 35 Jahren in allen Qualifikationsgruppen zu. Auffällig werden die Unterschiede insbesondere zwischen den beiden Altersgruppen der 45- bis unter 55- und der 55- bis unter 65-Jährigen (Abb. I2-1, Tab. I2-1A).

Rund zwei Fünftel der 55- bis unter 65-Jährigen zählen zu den Nichterwerbspersonen; bei den Männern liegt dieser Anteil mit 33% niedriger als bei den Frauen, von

Abb. I2-1: Anteile der Erwerbstätigen, Erwerbslosen und Nichterwerbspersonen 2008 nach beruflichem Bildungsabschluss und ausgewählten Altersgruppen (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2008

Gering qualifizierte Personen scheiden deutlich früher aus dem Erwerbsleben aus als höher qualifizierte

denen rund die Hälfte nicht erwerbstätig ist. Besonders drastisch verläuft der Anstieg der Nichterwerbstätigkeit bei an- und ungelernten Personen, von denen rund 56% in der höchsten Altersgruppe nicht mehr dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Im Vergleich dazu liegt der Anteil an Nichterwerbspersonen unter denjenigen mit Fachhochschul- und Hochschulabschluss bei 25%, ist also weniger als halb so hoch (Abb. I2-1, Tab. I2-1A). Die gravierende Zunahme des Anteils an Nichterwerbspersonen bei den 55- bis unter 65-Jährigen hat vielfältige Ursachen und Hintergründe. Neben gesetzlichen und/oder institutionellen Übergangsregelungen spielen aber auch individuelle Arbeitsbedingungen und -anforderungen sowie gesundheitliche Belastungen eine bedeutsame Rolle.³

Personen mit höheren Bildungsabschlüssen weniger stark von regionalen Disparitäten des Arbeitsmarktes betroffen

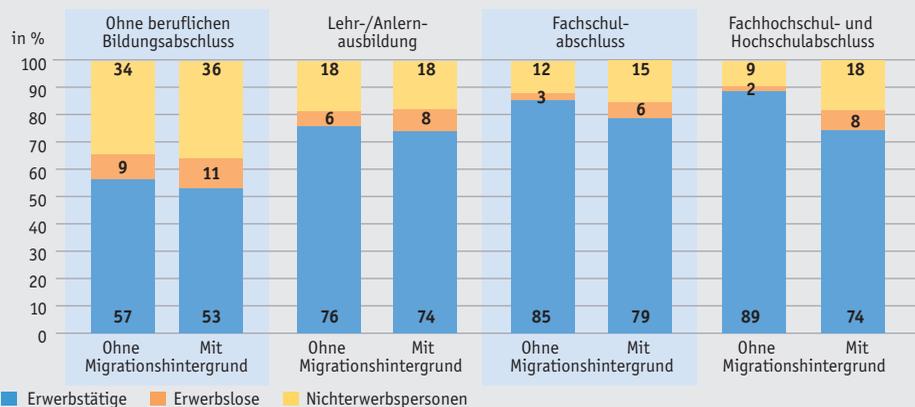
Die Beschäftigungschancen sind nach wie vor in hohem Maße vom regionalen Kontext abhängig. So zeigt sich für Ostdeutschland durchgängig ein doppelt bis dreimal so hoher Anteil an erwerbslosen Personen in allen Qualifikationsgruppen wie in den anderen Regionen. Mit bis zu 15 Prozentpunkten fallen die Differenzen in den Erwerbslosenquoten bei an- und ungelernten Personen zwischen einzelnen Ländern besonders hoch aus. Die Beschäftigungsnachteile für die Fachschul- und Hochschulabsolventen hingegen sind in den ostdeutschen Ländern nicht so stark ausgeprägt wie bei den unteren Qualifikationsgruppen (Tab. I2-2A).

Fortbestehende Beschäftigungsvorteile von Männern gegenüber Frauen

Trotz gestiegener Erwerbsbeteiligung der Frauen gibt es nach wie vor Unterschiede in Struktur und Niveau der Beschäftigung von Frauen im Vergleich zu Männern. In allen Qualifikationsgruppen war der Anteil der erwerbstätigen Frauen auch im Jahr 2008 niedriger als der der Männer. Besonders hoch fielen mit 13 Prozentpunkten die Unterschiede in der Gruppe der Personen ohne beruflichen Abschluss aus (Tab. I2-1A). Im Zeitverlauf zeichnet sich für Männer wie Frauen seit 2004 eine tendenzielle Verbesserung der Erwerbschancen ab (Tab. I2-7web).

Der Zusammenhang zwischen Bildungsabschluss und Erwerbschancen wird nachfolgend nochmals gesondert für Personen mit und ohne Migrationshintergrund betrachtet (Abb. I2-2, Tab. I2-8web). Ungeachtet der generellen Unterschiede im Bildungsstand zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund (vgl. B3) weisen in allen Qualifikationsgruppen Personen mit Migrationshintergrund einen höheren Erwerbslosenanteil auf als Personen ohne Migrationshintergrund. Besonders ausgeprägt ist diese Differenz bei Personen mit Fachhochschul- und Hochschulabschluss.

Abb. I2-2: Anteile der Erwerbstätigen, Erwerbslosen und Nichterwerbspersonen an allen 25- bis unter 65-Jährigen 2008 nach beruflichem Bildungsabschluss und Migrationshintergrund (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2008

³ Vgl. Zähle, T./Möhring, K./Krause, P. (2009): Erwerbsverläufe beim Übergang in den Ruhestand. ESI Mitteilungen 11/2009

Dort beträgt der Erwerbslosenanteil bei Personen ohne Migrationshintergrund ca. 2%, bei Personen mit Migrationshintergrund knapp 8%. Darüber hinaus fällt der Anteil an Nichterwerbspersonen in dieser Qualifikationsgruppe bei Personen mit Migrationshintergrund mit ca. 18% beinahe doppelt so hoch aus wie bei jenen ohne Migrationshintergrund. Bei den Personen mit Migrationshintergrund handelt es sich nicht um eine homogene Gruppe. Dementsprechend zeigen sich auch bei der Integration in den Arbeitsmarkt Unterschiede nach Bildungsniveau und Herkunftsregion (**Tab. I2-8web**). So weisen beispielsweise die im Ausland geborenen Personen mit einem Tertiärabschluss mit knapp 23% den höchsten Nichterwerbstätigenanteil und mit knapp 9% den höchsten Erwerbslosenanteil auf.

Aufgrund der schwierigen beruflichen Perspektive von Personen, die höchstens den Hauptschulabschluss erreicht haben, werden die Arbeitsmarktrisiken für diese Gruppe anhand weiterer Merkmale im Kontrast zu allen höher qualifizierten Personen dargestellt. Analysen mit Daten aus dem Sozioökonomischen Panel (SOEP), ^M zeigen, dass Personen mit maximal Hauptschulabschluss eine geringere Anzahl an Jahren mit einer Vollzeitberufstätigkeit aufweisen als höher qualifizierte. So haben sich die durchschnittlichen Jahre der Vollzeitberufstätigkeit für Frauen mit höchstens einem Hauptschulabschluss seit 1992 von 12,2 auf 9,0 Jahre und bei den Männern von 25,9 auf 20,3 Jahre reduziert (**Tab. I2-9web**). Personen mit höchstens Hauptschulabschluss weisen tendenziell längere Unterbrechungen durch Arbeitslosigkeit und Zeiten der Nichterwerbstätigkeit im Vergleich zu besser qualifizierten Personen auf. **Abb. I2-3 (Tab. I2-3A)** zeigt die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit für 30- bis 60-Jährige mit maximal Hauptschulabschluss im Vergleich zu Personen mit höheren Bildungsabschlüssen.

Im Rahmen der seit Anfang der 1990er Jahre generell angestiegenen Dauer der Arbeitslosigkeit hat sich im betrachteten Zeitraum zugleich die Differenz zwischen Personen ohne oder mit Hauptschulabschluss und solchen, die höhere Abschlüsse erreicht haben, vergrößert. Während Personen mit maximal Hauptschulabschluss im Jahr 2008 seit Einstieg in den Arbeitsmarkt durchschnittlich 2,5 Jahre arbeitslos waren, lag dieser Anteil bei Personen mit mindestens Mittlerem Schulabschluss bei ca. 1,1 Jahren. In der Differenzierung nach Migrationshintergrund zeigt sich ein ähnliches Ergebnis. Allerdings war für das Jahr 2008 die Dauer der Arbeitslosigkeit von Personen mit maximal Hauptschulabschluss und mit Migrationshintergrund kürzer als bei jenen ohne Migrationshintergrund, während sie für höher qualifizierte mit Migrationshintergrund länger war (**Abb. I2-3, Tab. I2-3A**).

Bei der Interpretation dieser Daten ist allerdings zu berücksichtigen, dass die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit durch den wirtschaftlichen Umbruch in Ostdeutschland, aber auch durch den wirtschaftlichen Strukturwandel insgesamt beeinflusst wurde und wird. Außerdem wurde ein Teil der Arbeitslosen in den 1990er Jahren noch durch umfangreiche Maßnahmen der beruflichen Umschulung und Weiterbildung sowie durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gefördert, die in der letzten Dekade weitgehend abgebaut wurden.⁴ Diese Entwicklungen haben zweifellos zu einer Verschärfung der prekären Arbeitsmarktsituation für Personen mit niedrigem oder gar ohne Schulabschluss beigetragen; dies belegen nicht zuletzt Daten der Bundesagentur für Arbeit zur Entwicklung qualifikationsspezifischer Arbeitslosenquoten im Zeitvergleich.⁵

Auch im internationalen Vergleich zeigt sich eine hohe Abhängigkeit des Erwerbslosigkeitsrisikos vom erreichten Bildungsniveau. Im EU-Durchschnitt waren 2007 knapp 10% der niedrig, aber nur rund 3% der höher qualifizierten 25- bis unter

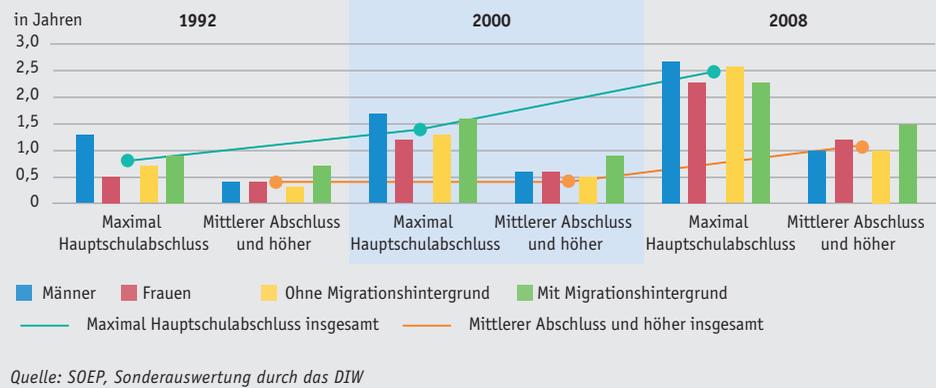
**Deutliche
Arbeitsmarkt-
nachteile für hoch
qualifizierte Per-
sonen mit Migra-
tionshintergrund**

**Arbeitsmarktrisiken
insgesamt gestiegen
...**

**... bei weiterer
Öffnung der Schere
zwischen niedrig
und höher quali-
fizierten Personen**

⁴ Vgl. *Konsortium Bildungsberichterstattung (2006): Bildung in Deutschland – Bielefeld, S. 133 ff.*
⁵ Vgl. *Möller, J./Walwei, U. (Hrsg.) (2009): Handbuch Arbeitsmarkt, S. 452 f.*

Abb. I2-3: Durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit von 30- bis 60-Jährigen 1992, 2000 und 2008 nach Bildungsstand, Geschlecht und Migrationshintergrund (in Jahren)



In Deutschland und Osteuropa: besonders schlechte Arbeitsmarktchancen für niedrig Qualifizierte

65-jährigen Personen erwerbslos. Allerdings variiert dieser Zusammenhang zwischen den Staaten: In Griechenland, den Niederlanden und Norwegen betrug der Abstand bei der Erwerbslosenquote zwischen den Gruppen mit der niedrigsten und der höchsten Bildung maximal 2,5 Prozentpunkte. Deutschland gehört mit 13 Prozentpunkten Differenz in den Erwerbslosenquoten neben Bulgarien und der Tschechischen Republik zu den Staaten, in denen das Risiko einer Erwerbslosigkeit bei Personen, die nicht mindestens den Sekundarbereich II abgeschlossen haben, um ein Vielfaches höher liegt als bei Personen mit mittlerer und höherer Bildung (Tab. I2-10web).

Bildung und Einkommen

Einkommenssituation für niedrig qualifizierte Personen weiter verschlechtert

Im Durchschnitt erzielen formal besser Gebildete auch ein höheres Einkommen als Personen mit niedriger Qualifikation (Abb. I2-4, Tab. I2-4A). Der finanzielle Vorteil von Bildungsinvestitionen spiegelt sich nicht nur im mittleren Bruttomonatseinkommen wider,⁶ sondern kann auch anhand der relativen Einkommensposition ^M gezeigt werden. In der betrachteten Zeitspanne von 1992 bis 2008 hat sich für Personen, die allenfalls über einen Hauptschulabschluss verfügen, diese Position kontinuierlich verschlechtert, während höher Qualifizierte ihre Einkommensposition geringfügig ausbauen konnten. Dies gilt allerdings nicht für Personen mit Migrationshintergrund: Hier sinkt in beiden betrachteten Qualifikationsgruppen die relative Einkommenslage ab. Grundsätzlich haben Männer eine günstigere Einkommensposition als Frauen, dies gilt auch, wenn nur die Bruttostundenlöhne betrachtet werden.

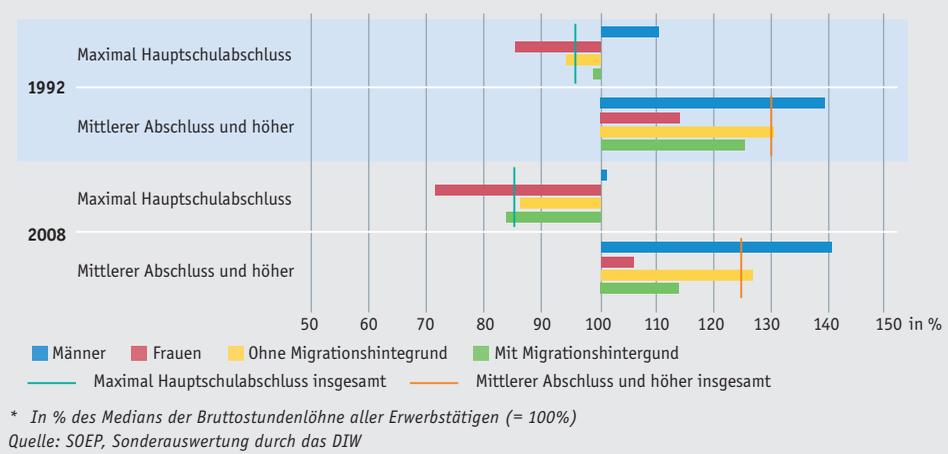
Deutliche Einkommensnachteile für Frauen

Der durchschnittliche Stundenlohn der Personen mit mindestens Mittlerem Schulabschluss liegt in allen Jahren deutlich über dem Median der Stundenlöhne aller Erwerbstätigen. Im Vergleich zu 1992 hat sich 2008 die Schere zwischen Personen mit höchstens Hauptschulabschluss und höher Qualifizierten weiter geöffnet. Besonders auffällig ist das Auseinanderdriften in der relativen Position der Bruttostundenlöhne von Männern und Frauen, wobei höher qualifizierte Männer ihre Position wahren können und nur die niedrig qualifizierte näher an den Median herangerückt sind; demgegenüber hat sich bei den Frauen die relative Position auf beiden Qualifikationsniveaus verschlechtert. In der Aufschlüsselung nach Migrationshintergrund hat sich die Lage der Zugewanderten vor allem unter den niedrig Qualifizierten zwischen 1992 und 2008 verschlechtert, doch auch bei höherem Abschluss haben Personen mit Migrationshintergrund seit 1992 stärkere Einkommensnachteile zu verzeichnen.

Durchgängige Einkommensnachteile für Personen mit Migrationshintergrund

⁶ Vgl. Konsortium Bildungsberichterstattung (2006): Bildung in Deutschland – Bielefeld, S. 184

Abb. I2-4: Relative Einkommensposition von 30- bis 60-Jährigen 1992 und 2008 nach Bildungsstand, Geschlecht und Migrationshintergrund (in %) *



Insgesamt zeichnet sich eine stärkere Abhängigkeit der ökonomischen Lage vom erreichten beruflichen Abschluss und weniger vom allgemeinen Schulabschluss ab (Tab. I2-5A). So weisen z. B. Abiturienten ohne Ausbildungs- oder Studienabschluss eine geringere Erwerbstätigenquote, eine deutlich kürzere Dauer der Vollzeiterwerbstätigkeit und auch eine geringfügig schlechtere Einkommensposition auf als z. B. Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung. Auch haben Personen mit Mittlerem Schulabschluss, aber ohne beruflichen Abschluss eine verhältnismäßig ungünstigere ökonomische Position gegenüber denjenigen mit Hauptschulabschluss und abgeschlossener Berufsausbildung.

Beruflicher Abschluss dominant für Erwerbsbeteiligung und Einkommen

Bildung, gesellschaftliche Teilhabe und Lebensführung

Das Bildungssystem leistet – neben der Qualifikation für das Erwerbsleben – auch einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung jener Voraussetzungen, die seinen Absolventen eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Die festgestellten Segmentierungen in der ökonomischen Integration nach Schulabschluss setzen sich auch in anderen Bereichen gesellschaftlicher Teilhabe fort, z. B. beim Interesse für Politik und bei verschiedenen Formen politischer, sozialer und kultureller Beteiligung (M). So sind nach eigenen Angaben höher qualifizierte Personen stärker an politischen Vorgängen und Zusammenhängen interessiert, besuchen häufiger kulturelle Veranstaltungen, sind stärker in ehrenamtliche Tätigkeiten eingebunden und treiben mehr Sport.

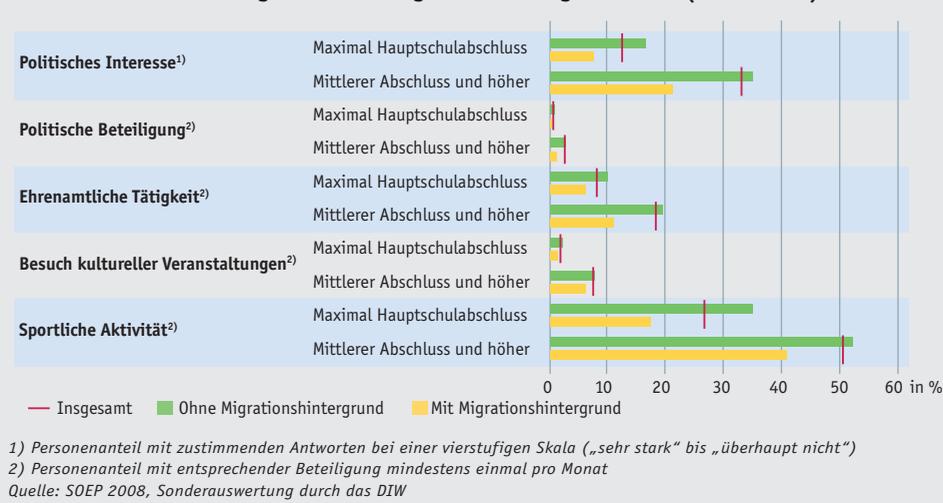
Teilnahme am politischen, sozialen und kulturellen Leben steigt mit Bildungsabschluss

Abb. I2-5 (Tab. I2-11web) veranschaulicht die genannten Zusammenhänge wiederum in der Unterscheidung zwischen Personen mit höchstens Hauptschulabschluss und solchen mit höheren Abschlüssen. Es bestätigen sich hier die Befunde, die bereits für Jugendliche und junge Erwachsene im Schul- und Ausbildungsalter aufgezeigt wurden (vgl. D5).

Betrachtet man die soziale und kulturelle Partizipation auch als wichtiges Kriterium für eine erfolgreiche Integration zugewanderter Personen in die Gesellschaft, so wird deutlich, dass diese in den hier analysierten gesellschaftlichen Bereichen allenfalls partiell gelungen ist: Personen mit Migrationshintergrund sind deutlich weniger am politischen, sozialen und kulturellen Leben beteiligt. Dieser Befund trifft sowohl auf Personen mit niedrigen als auch mit höheren Abschlüssen zu, wenngleich auch hier mit dem Bildungsstand die Partizipation steigt.

Personen mit Migrationshintergrund seltener am politischen, sozialen und kulturellen Leben beteiligt

Abb. I2-5: Politische, soziale und kulturelle Beteiligung der 30- bis 60-Jährigen nach Bildungsstand und Migrationshintergrund 2008 (Anteil in %)



Politische, soziale und kulturelle Beteiligung stärker vom allgemeinbildenden Abschluss beeinflusst

Während die Positionierung am Arbeitsmarkt, wie oben beschrieben, maßgeblich vom Erreichen eines Ausbildungs- bzw. Studienabschlusses beeinflusst wird, scheint die politische, soziale und kulturelle Teilhabe demgegenüber vor allem von den allgemeinbildenden Abschlüssen abhängig (Tab. I2-6A). So weisen zum Beispiel Personen mit einem allgemeinbildenden Abschluss des Sekundarbereichs II ein stärkeres politisches Interesse auf als Personen mit einem formal äquivalenten beruflichen Abschluss. Am stärksten sind Personen mit Hochschulabschluss politisch interessiert.

Die für Deutschland berichteten Befunde zum Zusammenhang zwischen Bildungsstand und gesellschaftlicher Teilhabe werden auch durch international vergleichende Umfragen (M) bestätigt. Fast durchgängig haben Personen mit niedrigeren Abschlüssen auch außerhalb Deutschlands ein geringeres politisches Interesse als Personen mit höherem Bildungsstand. Besonders ausgeprägt sind diese Unterschiede neben Deutschland auch für die Schweiz, Portugal und Irland (Tab. I2-12web).

Bildungswirkungen beschränken sich nicht nur auf die Teilhabe an ökonomischen, politischen, kulturellen und sozialen Prozessen, sondern sie beziehen sich auch auf die individuelle Lebens- und Wohnsituation, auf die physische und psychische Gesundheit sowie auf individuelle Dispositionen, die für die Bewältigung der Anforderungen in den eigenen Berufs- und Lebenszusammenhängen bedeutsam sind. Dazu gehören beispielsweise Selbstvertrauen, Selbstwirksamkeitsüberzeugungen sowie soziale Einstellungen und Handlungsmuster.

Positiver Zusammenhang zwischen dem Bildungsstand und gesundheitlichem Wohlergehen ...

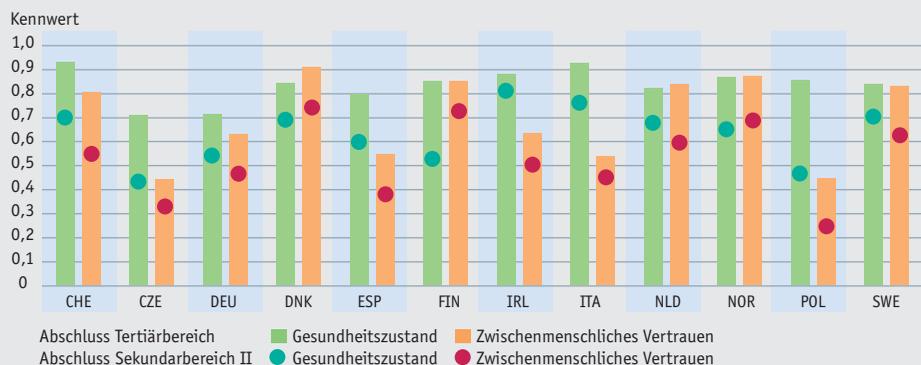
In allen OECD-Staaten korrespondiert das Erreichen eines höheren Bildungsstands mehr oder weniger deutlich mit einer positiveren Selbsteinschätzung der Gesundheit und sozialer Dispositionen wie dem zwischenmenschlichen Vertrauen (Abb. I2-6, Tab. I2-12web). Personen mit einem höheren Bildungsabschluss schätzen ihren Gesundheitszustand in der Tendenz positiver ein als niedriger qualifizierte Personen. Dieser positive Zusammenhang ist in einer Vielzahl von OECD-Staaten (selbst bei Kontrolle von Alters-, Geschlechts- und Einkommensunterschieden) festzustellen. Dieses Ergebnis kann mit einer gesünderen Lebensweise zusammenhängen, mit besseren Möglichkeiten zur Vermeidung von gesundheitlichen Belastungen, aber auch mit einem informierteren und besseren Umgang mit etwaigen Erkrankungen.

Mit zunehmender Bildung steigt auch das zwischenmenschliche Vertrauen (Abb. I2-6, Tab. I2-12web). Die Unterschiede sind in den meisten Staaten besonders ausgeprägt beim Vergleich zwischen einem Abschluss unterhalb des Sekundarbereichs II

und einem Tertiärabschluss. Dies gilt vor allem für Deutschland, Dänemark, Finnland und Schweden mit deutlichen Niveauunterschieden. So empfinden Befragte in den nordischen Ländern ein höheres Maß an Fairness im zwischenmenschlichen Umgang als beispielsweise Personen aus Polen, der Tschechischen Republik, Italien oder Spanien.

... sowie zwischenmenschlichem Vertrauen

Abb. I2-6: Anteil positiver Selbsteinschätzungen von Gesundheitszustand und zwischenmenschlichem Vertrauen bei 25- bis unter 65-Jährigen nach Bildungsstand und ausgewählten Staaten*



* Anteilberechnung auf Basis eines Probit-Modells unter Kontrolle von Alter, Geschlecht und Einkommen (vgl. Anhang 3 unter www.oecd.org/edu/eag2009)

Quelle: OECD (2009), Bildung auf einen Blick

M Methodische Erläuterungen

Erwerbsstatus

Bezugsgröße der Quoten ist die Bevölkerung in der betrachteten Altersgruppe, unterschieden in Erwerbstätige, Erwerbslose und Nichterwerbspersonen (vgl. Glossar). Personen wurden nach dem ILO-Konzept als erwerbslos definiert.

Analysen mit dem Sozioökonomischen Panel (SOEP)

In dieser Sonderauswertung des SOEP wurden Personen zwischen 30 und 60 Jahren nach ihrem Bildungsstand (maximal Hauptschulabschluss gegenüber Mittlerem Abschluss und höher) hinsichtlich ausgewählter erwerbsbiografischer, politischer, sozialer und kultureller Teilhabechancen untersucht.

Relative Einkommensposition bezogen auf das Bruttoerwerbseinkommen und den Bruttostundenlohn nach Bildungsstand, Geschlecht und Migration

Der Median des Bruttoerwerbseinkommens bzw. des Bruttostundenlohns aller Erwerbstätigen wurde auf 100 gesetzt. Die relativen Einkommenspositionen der betrachteten Teilgruppen umfassen nur die Altersgruppen der 30- bis unter 60-jährigen Personen. Ihre relative Position wird als Anteil bzw. Mehrfaches in Prozent dieses Medians angegeben.

Politische, soziale und kulturelle Beteiligung

Die politische Beteiligung wird im SOEP abgebildet über die Häufigkeit der Beteiligung in Parteien, in der Kommunalpolitik und in Bürgerinitiativen, die kulturelle Beteiligung über die Häufigkeit des Besuchs von Opern, Konzerten, Theateraufführungen und Ausstellungsbesuchen und die soziale Beteiligung über die ehrenamtliche Tätigkeit in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten. Aus den möglichen Antwortausprägungen „täglich“, „mindestens einmal pro Woche“, „mindestens einmal pro Monat“, „selten“ und „nie“ wurden zwei Gruppen gebildet: diejenigen, die mindestens einmal pro Monat oder häufiger im jeweiligen Bereich beteiligt sind, und diejenigen, die sich selten oder nie in einem der genannten Bereiche engagieren.

International vergleichende Umfragen zu politischem Interesse, Gesundheitszustand und zwischenmenschlichem Vertrauen

In „Bildung auf einen Blick“ wurden 2009 erstmals auch gesamtgesellschaftliche Wirkungen von Bildung dargestellt. Es handelt sich hierbei um Selbstauskünfte von Befragungsteilnehmern des European Social Survey (ESS) 2004 und 2006, des World Value Survey (WVS) 2005, des International Social Survey Programme (ISSP) 2004 und 2006 sowie des Adult Literacy and Lifeskills Survey (ALL) 2003; vgl. OECD (2009): Bildung auf einen Blick, S. 195.

Chancengleichheit im Bildungverlauf

Sozioökonomischer Hintergrund und Bildungsverläufe

Soziale Ungleichheiten im Bildungssystem sind ein relativ gut dokumentierter Befund, dessen Darstellung sich für Deutschland in der Vergangenheit vor allem auf soziale Disparitäten in der Bildungsbeteiligung beschränkte, jedoch durch die Mitwirkung an den großen internationalen Leistungsstudien nunmehr auch herkunftsbedingte Disparitäten in den erzielten Kompetenzständen einbezieht. Die Antworten auf Fragen nach ungleichheitsverstärkenden oder auch kompensatorischen Prozessen fallen – trotz intensiver Forschung – weit weniger eindeutig aus. Es geraten vor allem vier Bereiche in den Blick: die Bildungsübergänge, die Wechselwirkung zwischen Statusmerkmalen von Individuen und Angeboten bzw. effektiver Nutzung von Lerngelegenheiten innerhalb der Institutionen, die institutionelle Ausdifferenzierung von Bildungsprogrammen und die Bildungsungleichheiten außerhalb des Bildungssystems.⁷ Im Rahmen der Bildungsberichterstattung können – aufgrund nach wie vor fehlender längsschnittlicher Daten zu Bildungsverläufen – vor allem soziale Disparitäten in der Bildungsbeteiligung insgesamt dargestellt werden, während sich die Differenzierung nach Kompetenzstand auf das allgemeinbildende Schulwesen beschränken muss und allenfalls einige Ergebnisse zu den Übergangsprozessen innerhalb des Bildungssystems sowie zwischen Bildungssystem und Arbeitsmarkt einschließt.

Erhöhung des Bildungsstands der Bevölkerung insgesamt ...

Die einschlägigen Daten zeigen zunächst einen positiven Trend in der Entwicklung des Bildungsstands der Bevölkerung, der sich im Zeitverlauf kontinuierlich erhöht hat. Die jüngeren Alterskohorten erwerben häufiger die Hochschulreife als ältere, während der Anteil an Personen mit niedrigem Schulabschluss sinkt. Im Zuge dieser Entwicklung ist auch der Bildungsstand der Eltern schulpflichtiger Kinder, insbesondere der Anteil an Eltern mit Hochschulreife, deutlich gestiegen. Besorgniserregend ist allerdings, dass im gleichen Zeitraum der Anteil an Kindern in Familien ohne jeden Schulabschluss von 2,7 auf 4% ebenfalls zugenommen hat. Dies betrifft insbesondere Familien in Ballungsräumen, bei denen sich dieser Anteil in den letzten eineinhalb Dekaden mehr als verdoppelt hat (vgl. **B3**).

... bei anhaltenden sozialen Disparitäten beim Zugang zu höher qualifizierenden Bildungsgängen

Betrachtet man die Bildungsbeteiligung nach sozialer Herkunft, sind trotz der geschilderten Verbesserungen nach wie vor erhebliche soziale Disparitäten wirksam. So haben Kinder aus Familien mit niedrigem sozioökonomischem Status immer noch geringere Chancen für den Besuch eines Gymnasiums, und zwar auch bei Kontrolle von kognitiven Grundfähigkeiten und kulturellen Grundqualifikationen (vgl. **D1**). Generell bleibt es die überragende Herausforderung an Bildungspolitik und Bildungspraxis, ein hohes Bildungsniveau bei geringer Kopplung mit der sozialen Herkunft zu erreichen (vgl. **D6**).

Auch der Übergang in die Hochschule ist nach wie vor stark von Herkunftsbedingungen des Elternhauses geprägt. Der Abstand zwischen den verschiedenen Herkunftsgruppen hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit einer Studienaufnahme ist in den letzten Jahren etwa gleich geblieben. Nach wie vor nehmen Studienberechtigte, bei denen kein Elternteil bereits ein Hochschulstudium abgeschlossen hat, auch bei vergleichbaren Schulleistungen seltener ein Studium auf (vgl. **F1**). In der Weiterbildung zeigt sich ebenfalls ein deutlicher Zusammenhang zwischen erreichtem schulischen und beruflichen Abschlussniveau, Erwerbstätigkeit und den Chancen zur Teilnahme an verschiedenen Formen der Weiterbildung. Dabei finden die Nichterwerbstätigen

⁷ Vgl. Maaz, K. u. a. (2009): *Genese sozialer Ungleichheit im institutionellen Kontext der Schule*. In: *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Sonderheft 12/2009 – Wiesbaden*, S. 11–48